

96/AE

der Abgeordneten Preisinger, Rosenstingl und Kollegen

betreffend: Ausstattung von Reisebussen mit Sicherheitsgurten

Spätestens seit den tragischen Busunglücken der jüngeren Vergangenheit ist klar, daß Busreisende im Fall eines Unglücks infolge der fehlenden Sicherheitsgurten größerer Verletzungsgefahr ausgesetzt sind, als in anderen Kraftfahrzeugen. Einschlägige Untersuchungen haben auch zu wiederholten Forderungen nach einer solchen Regelung durch Verkehrssicherheitsexperten, etwa vom Kuratorium für Verkehrssicherheit, geführt.

Gerade im Hinblick auf die Tatsache, daß mit derartigen Bussen auch besonders viele Schulkinder transportiert werden, die aufgrund der halbherzigen Regelungen des §106 KFG noch zusätzlichen Gefahren ausgesetzt sind, erscheint es dringend erforderlich, unter Einbeziehung von Experten aber auch Bustransportunternehmen - sicher ist eine Gurtenpflicht etwa in städtischen Bussen undurchführbar und auch wenig sinnvoll - eine praktikable Lösung zur Erhöhung der Sicherheit Busreisender zu schaffen.

Konkrete Maßnahmen bleiben aber bislang der - allzu seltenen - Eigeninitiative von Busunternehmern vorbehalten, weil auf EU-Ebene derzeit keine entsprechende Regelung vorliegt, und der Verkehrsminister es auf einen entsprechenden Vorstoß der Freiheitlichen im Verkehrsausschuß in Gestalt eines Entschließungsantrages hin abgelehnt hat, hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Da mittlerweile bekannt wurde, daß sich derselbe Verkehrsminister nur wenige Stunden nach der Ablehnung des freiheitlichen Antrages am 2. Februar 1995 öffentlich für die Einführung der Gurtenpflicht ausgesprochen hat, in der Zwischenzeit jedoch keinerlei Aktivitäten, etwa in Gestalt eines Entwurfes einer Novelle zum KFG, bekannt wurden, halten es die unterzeichneten Abgeordneten für erforderlich, die Materie neuerlich auf die Tagesordnung zu setzen und dem Verkehrsminister den dringenden Wunsch des Nationalrates nach einer entsprechenden Initiative in Gestalt der folgenden Entschließung mitzuteilen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr wird aufgefordert, unter Einbeziehung von Verkehrssicherheitsexperten und Bustransportunternehmen eine praktikable Lösung zur verpflichtenden Ausstattung von Reisebussen mit Sicherheitsgurten erarbeiten zu lassen, und hierbei besonderes Augenmerk auf eine gleichwertige Behandlung von Schulkindertransporten zu legen. "

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag zur Vorberatung dem Verkehrsausschuß zuzuweisen.